

Interpellation FDP.Die Liberalen Köniz

Unabhängigkeit und Transparenz bei der Vergabe von subventionierten Kita-Plätzen

Der Gemeinderat wird gebeten die folgenden Fragen zu beantworten:

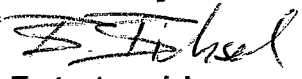
1. Der Verein kibe Region Köniz ist für die Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen in der Gemeinde verantwortlich und betreibt gleichzeitig selbst Kindertagesstätten. Wie wird ein Interessenkonflikt zwischen Betrieb und Vergabe der Betreuungsplätzen verhindert?
2. Wie wird eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber privaten, marktwirtschaftlich arbeitenden Anbietern von Kinderbetreuungsplätzen vermieden?
3. Nach welchen Kriterien werden die Betreuungsplätze durch die kibe zugeteilt?
4. Warum besteht den betroffenen Eltern gegenüber keine Transparenz bezüglich Wartelisten und der Entscheidungsgrundlagen und -kriterien für die Zuteilung?
5. Wie wird eine unabhängige Kontrolle der kibe und deren Vergabepaxis sichergestellt?
6. Strebt der Gemeinderat künftig eine klare Trennung von Zuteilung von Kinderbetreuungsplätzen und dem Betrieb der entsprechenden Institutionen an?
7. Würde ein Systemwechsel hin zu Betreuungsgutscheinen nicht zu mehr Transparenz bei der Kinderbetreuung führen?
8. Wie weit sind die Pläne für die Einführung von Betreuungsgutscheinen in Köniz gediehen?


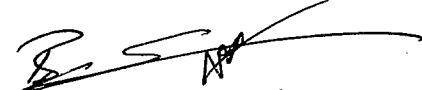
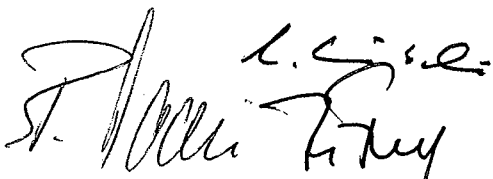

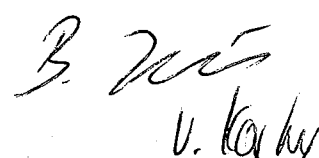
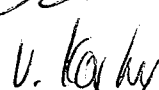
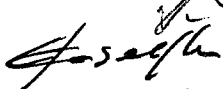
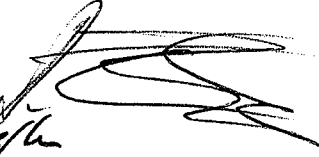
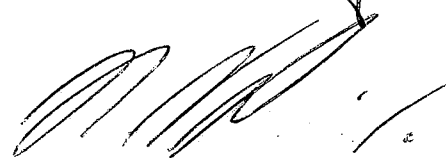
Begründung:

Heute bezahlt die Gemeinde dem Verein kibe Region Köniz Beiträge, damit dieser subventionierte Kinderbetreuungsplätze in der Gemeinde anbietet. Die Kibe verwaltet und steuert gleichzeitig die Zuweisung dieser Betreuungsplätze selbstständig, aufgrund einer Leistungsvereinbarung mit der Gemeinde. Diese Vermischung von Betrieb und Zuteilung ist aus grundsätzlichen Überlegungen problematisch.

Anrecht auf Kinderbetreuungsplätze haben unabhängig von Vermögen und Einkommen grundsätzlich alle Eltern. Gegenwärtig bestehen für gewisse Eltern lange Wartefristen, ohne dass ihnen gegenüber Transparenz betreffend Zuweisung von subventionierten Betreuungsplätzen besteht.

Niederwangen, 14. November 2011


Erstunterzeichner
Bernhard Bichsel
FDP.Die Liberalen Köniz

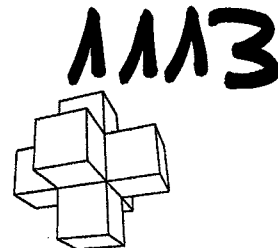










Thw.

R. Jochim

A. Bringer-Hant

A. Haug



Motion FDP.Die Liberalen Köniz

Nutzungsbonus für Bauten im Minergie-Standard oder besser

Der Gemeinderat wird beauftragt das Baureglement dahingehend anzupassen, dass Bauten, welche nach Minergie, Minergie-P, Minergie-A oder als Passivhäuser erstellt oder erneuert werden von einem Nutzungsbonus gegenüber der reglementarisch verfügbaren Ausnutzungsziffer profitieren können. Der Nutzungsbonus soll im Mindesten den Flächenverlust für die grössere Isolationsstärke kompensieren.

Die Reglementsänderung hat umgehend, unabhängig von der im Rahmen der Ortsplanungsrevision vorgesehenen Baureglementsrevision, zu erfolgen.

Begründung


Die Gemeinde Köniz, seit Jahren Energiestadt, leistet sich im Baureglement Vorschriften, welche dem energiesparenden Bauen diametral zuwider laufen. Wer sein Haus über das vom Energiegesetz vorgegebene Mass wärmedämmen will und damit mit einem gewissen Mehraufwand einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung des Energieverbrauches zu leisten bereit ist, wird von der Gemeinde Köniz mit einer reduzierten Nettowohnfläche bestraft. Das Berechnungsmass für die Einhaltung der Ausnutzungsziffer, welche das Baureglement in Art. 93 für die einzelnen Nutzungszonen vorgibt, ist die sogenannte Bruttogeschossfläche (BGF), welche aus den Aussenabmessungen des Hauses ermittelt wird. Die grössere Stärke der Wärmedämmung muss also nach Innen korrigiert werden, was zu kleineren Zimmern, und somit zu einer verringerten Nettowohnfläche, führt.





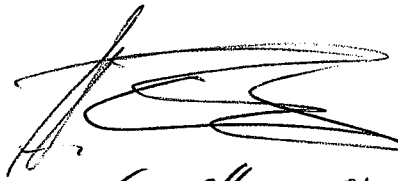

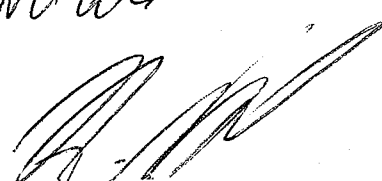

Schon 2007 wurde ein Vorstoss mit diesem Anliegen eingebracht und die entsprechenden Verbesserungen im Baureglement nicht vorgenommen. Es sind wertvolle Jahre verstrichen und es werden mindestens weitere 5 Jahre verstreichen, bis das Baureglement im Rahmen der Ortsplanungsrevision gesamtheitlich überarbeitet sein wird.

Die Aenderung hat deshalb umgehend in einer Teilrevision des Baureglementes zu erfolgen. Die Energiestadt Köniz sollte sich keine weiteren 5 Jahre leisten.

Mit diesem Anreizsystem kann die Gemeinde ohne Zusatzkosten eine umweltpolitische Lenkung erzielen.

Niederwangen, 14. November 2011


Erstunterzeichner
Bernhard Bichsel
FDP.Die Liberalen Köniz

/ Michael

Lindley

B. P. S. S. S.

W. W. W.

B. W. W.

V. W. W.

W. W. W.

Franziska Keller

L. C. S. S.

J. S. S.

A. W. W.

A. W. W.

Zukunftsstrategie ÖV-Entwicklung

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, zusammen mit den zuständigen Gremien (wie namentlich der Stadt Bern, BLS, SBB, etc.) zu prüfen, wie rasch die Bahnstrecke Bern-Schwarzenburg - in einer ersten Phase bis Niederscherli - zu einer zeitgemässen, leistungsfähigen S-Bahn ausgebaut werden kann.

Gleichzeitig wird der Gemeinderat beauftragt, mit den zuständigen Gremien verbindlich abzuklären wie sichergestellt werden kann, dass das Teilprojekt Tram Kleinwabern als A-Projekt aufgenommen wird.



Der Bericht soll die Antworten auf folgende Fragen enthalten:

- Wie rasch ist ein Ausbau auf den Viertelstunden-Takt möglich?
- Können die Fahrzeiten ohne massive Investitionen, d.h. mit organisatorischen Massnahmen verkürzt werden?
- Welche Hindernisse bestehen für den Betrieb der Strecke mit Doppelstockwagen?
- Wie kann sichergestellt werden, dass das Teilprojekt Tram Kleinwabern innerhalb der nächsten 6 bis 8 Jahren umgesetzt ist?
- Wie hoch ist die Bereitschaft der benötigten Partner ein gemeinsames Projekt zu starten, wenn sich die Gemeinde Köniz mit 15-20 Millionen Franken (analog zu den Kosten Tramprojekt) beteiligen würde?

Begründung:

- Die Entwicklungsschwerpunkte der Gemeinde liegen in unmittelbarer Nähe der bestehenden Bahnlinie.
- Der Ausbau der S-Bahn und der parallele Betrieb der heutigen Buslinien 10 sowie 17 führen deshalb zu einem weit effizienteren und innovativeren Lösungsansatz, mit Wirkung über die Gemeindegrenze hinaus.
- Das Kosten- / Nutzenverhältnis wird eindeutig besser ausfallen, als bei der Substitution der flexibleren Buslinie durch einen weniger flexiblen schienengestützten Verkehrsträger.
- Als Übergangsmassnahme bis zur Realisierung der S-Bahn kann das Restpotential der Buslinien von ca. 15% (Aussage Prof. Weidmann) genutzt werden.
- Erfahrungen aus verschiedenen Ballungsgebieten (Zürich, Zug, Nordrand der Stadt Bern) zeigen auf, dass die S-Bahn ein taugliches Mittel ist. Insbesondere die Umstellung auf den Viertelstundentakt erhöht die Attraktivität dieses Verkehrsmittels massiv.
- Steigt die Attraktivität der S-Bahn, kann durchaus erwartet werden, dass das Zentrum von Köniz auch eine Entlastung vom motorisierten Individualverkehr (MIV) erfährt.
- Mit der S-Bahn als Rückgrat wird die Anbindung der oberen Gemeinde wie auch der Nachbargemeinden an das Fernverkehrsnetz verbessert. Gleichzeitig wird ein Potential für eine weitgehend MIV-unabhängige Strukturentwicklung in diesen Gebieten geschaffen.

14.11.2011 Unterzeichner:

The very L. C. re. Ph. in and A. Kang
 from the seller 
 J. H. H. 
 N. H. H. 